

Bezugsgebühr:
 Vierteljährlich 3 Mk., 6 Mt. 5 Mk., jährlich 10 Mk.
 Die Zusendung der "Dresdener Nachrichten" erfolgt kostenfrei, wenn die Zahlung durch einen Postamt oder einen anderen zuverlässigen Agenten erfolgt, erhalten die Abonnenten die "Dresdener Nachrichten" kostenfrei, wenn die Zahlung durch einen Postamt oder einen anderen zuverlässigen Agenten erfolgt, erhalten die Abonnenten die "Dresdener Nachrichten" kostenfrei.

Dresdener Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15
 empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Julius Schädlich
 Am See 10, part. u. l. U.
 Beleuchtungsgegenstände
 Petroleum und Kerzen
 für Gas, elektrisch Licht



Mineralwässer frischer **Badesalze**
 zu Originalpreisen, im Stadtkern frei Zusendung, nach auswärts unter billigster Spesenberechnung.
K. Hofapotheken, Dresden u. Pillnitz.

Königlich privilegiirt
Jümmerspfänder
 mit Kautionsrecht
 E. Böhm's rother Gartenschlauch
 C. Böhm, Schwanenw. Nr. 10, Dresden

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz 6 Altmarkt 6
 Hoflieferant
 Geegründet 1843
Stroh- und Filzhatfabrik
 bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Carl Wenschuch's Telephone-Gesprächszähler. Fabr.-Muster No. 133,683. Preis 1 1/2 Mark pro Stück. Buchdruckerei Julius Huch, Dresden, Kaulbachstr. 24.

Nr. 135. Spiegel: Die Leutenoth auf dem Lande. Praktische Rathschläge für Kurbedürftige. Gerichtsverhandlungen. Wuthmaßl. Bitterung: Freitag, 18. Mai 1900.

Wochenabonnements zu 25 Pfg.
 beginnen mit jeder Sonnabend-Nummer und müssen daher bei der Hauptgeschäftsstelle, einer der Annahmestellen, einem Ansträger oder Kommissionär spätestens bis Freitag Mittag bestellt werden.

Die Leutenoth auf dem Lande.

Eines der schwersten Uebel, an dem die Landwirtschaft krank ist, ist der wiederholt im deutschen Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommene Mangel an Arbeitskräften, der im Laufe der letzten Jahrzehnte unaufhaltsam Fortschritte gemacht hat und nachgerade zu einer verberberischen Plage, zu einem fressenden Krebsgeschwür geworden ist. Der dadurch verursachte Mangel an Arbeitskräften ist ein so großes, daß eine geeignete und wirksame Lösung des Problems, wie die ländlichen Arbeiter nach Möglichkeit an die Scholle zu fesseln sind, nicht mehr blos im landwirthschaftlichen Interesse allein liegt, sondern eine allgemeine nationale und staatspolitische Nothwendigkeit darstellt.

Zur Abhilfe sind die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht worden, die sich im Wesentlichen in drei Gruppen einteilen lassen: 1. Zulassung fremder Arbeiter; 2. Gesetzliche Vorschriften theils in vorbestimmtem, theils in strafrechtlichen Sinne; 3. Sozialpolitische Einrichtungen.

Die Zulassung fremder Arbeiter wirkt unter Umständen wie ein zweischneidiges Schwert. Schon jetzt haben sich mitten in deutschen Landen ganze Centren von fremdländischen, namentlich polnischen Arbeiterkolonien gebildet, deren Schattenseiten für unser nationales Leben nicht erst hervorgehoben zu werden brauchen. Diese fremdländischen Arbeiter-Elemente bilden förmlich kleine Staaten für sich und leben in einer von der deutsch-nationalen Umgebung völlig abgeschlossenen Kulturwelt, wobei der Befucher solcher Kolonien völlig den Eindruck erhält, als befände er sich im Ausland. Der Zugang fremdländischer Arbeitskräfte darf deshalb keinesfalls von der Regierung noch lässlich befördert, sondern muß im Gegentheil nach Kräften beschränkt und gehemmt werden. Darüber sind sich auch die nationalgefühnten Landwirthe einig und nur das Centrum ist es, das trotz der handgreiflichen Noththeile einer solchen Entwidlung für unser politisches und soziales Leben die weitere Zulassung ausländischer Arbeitskräfte im größten Maßstabe zu fordern wagt und damit seine Unfähigkeit zu einem wirklich nationalen Denken und Empfinden auf's Neue bekundet.

Es giebt freilich auch für die nationale Landwirtschaft eine Grenze der Enthaltbarkeit, an der die Noth der Ernter so unüberwindlich wird, daß schließlich alle anderen Rücksichten aufhören müssen. Wenn also die Regierung vermeiden will, daß die Landwirtschaft einmal allgemein sich mit dem bitteren Gedanken der Heranziehung fremder Arbeiter befreunden, so hat sie die sehr ernste und dringliche Pflicht, ihrerseits alle anderen Hebel in Bewegung zu setzen, mit denen Hilfe eine Verringerung der Landwirtschaft aus den Fesseln der Arbeiternoth möglich erscheint. In erster Linie kommen hier die von sachverständigen Autoritäten lebhaft befürworteten Forderungen der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Freizügigkeit und des Kontraktbruchs in Frage.

Die Bekämpfung des Kontraktbruchs insbesondere ist neuerdings im deutschen Abgeordnetenhaus gründlich erörtert und beleuchtet worden, im Anschluß an den von konservativer Seite eingebrachten und vom Hause angenommenen Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Session entsprechend den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und der Anfringung des Herrn Landwirtschaftsministers einen Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter, sowie gegen Verletzung dazu einzubringen. Die Verhandlungen über den Gegenstand ergaben ein erfreuliches Bild der Einmüthigkeit auf Seiten der nationalen Parteien in Bezug auf die Nothwendigkeit, daß der Kontraktbruch nicht blos gegenüber dem ländlichen Arbeiter zu bestrafen sei, sondern auch gegenüber dem Arbeitgeber, der kontraktbrüchige ländliche Arbeiter beschäftigt. Auch das Centrum stellte sich auf dem Boden des konservativen Antrags, brachte aber einen Winkton in die Erwägungen, indem es als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der Leutenoth die unbeschränkte Zulassung fremdländischer Arbeiter empfahl. Besonders bemerkenswerth war die Haltung des nationalliberalen Vertreters Abg. Dippe. Dieser stellte ausdrücklich fest, daß die Debatte eine solche Uebereinstimmung bei den großen Parteien des Hauses gezeigt habe, daß der Gesetzentwurf sehr wohl noch in der laufenden Session erledigt werden könne. Die Ausführungen des nationalliberalen Redners waren im Uebrigen von vollem Verstandnis und aufrichtiger Sympathie für die Lage und Bedürfnisse der Landwirtschaft getragen und bildeten eine wohlthuende Ergänzung der jüngsten Rede des nationalliberalen Abg. Bassermann auf dem Anknüpfen der Parteitage, die in der unumwundenen Erklärung aufstellte, daß die nächsten Handelsverträge ohne Erhöhung der Getreidezölle nicht denkbar seien. Derartige Kundgebungen zeigen, wie mächtig innerhalb des gemäßigten Liberalismus die schub-

dringliche Richtung geworden ist, die im Gegensatz zu der kleinen mandatarisch-bürokratischen Minderheit der Partei einen ernsthaften Schutz der nationalen Arbeit überhaupt und der Landwirtschaft insbesondere auf ihre Fahne geschrieben hat.

Klänglich, wie immer, wo es sich um positive Maßnahmen zur Erhaltung der Autorität und zum Schutze anderer als börsenkapitalistischer Interessen handelt, war die Haltung der Freisinnigen. Herr Dr. Hirsch sprach sich für die Zulassung bei dem Verbruch, mit dem abgedruckten Schlagwort "Ausnahmeseiz", das er gegen den Gesetzentwurf in's Feld führte, wenigstens bei seinen Parteigenossen einen halben Achtungserfolg zu erzielen. Indessen nicht einmal das gelang ihm, so fürchterlich dürr war die Gedankenweise, auf der Herr Hirsch sein freisinniges Streifenfeld tummelte. Die erschütternde Fülle von sachlichen Material, die von den Befürwortern des Antrags beigebracht wurde, zwang sogar einen anderen Vertreter des Freisinn, den Abg. Dr. Barth, zu dem platonischen Zugeständnis, daß die Leutenoth unter allen agrarischen Klagen die am meisten begründete sei. Auch das gab Herr Dr. Barth zu, daß der Kontraktbruch nicht gebilligt werden könne; aber Mittel zur Abhilfe zu beschaffen, dazu war Herr Barth trotz seiner besseren Einsicht ebenfalls nicht zu bewegen, sondern er zog sich mit seinem Kollegen Dr. Hirsch auf den Gemeinplatz des "Ausnahmeseizes" zurück. Die Herren sind und bleiben eben immer dieselben.

Auf konservativer Seite ließ man es sich angelegen sein, die freisinnige Legende von dem "ungeraden" Landarbeiter zu zerstreuen. So erklärte der Abg. Freyer v. Wangenheim: "Die ländlichen Arbeiter können heute alle große Ersparnisse machen; sie befinden sich wohlher als die kleinen Besizer. Bei mir verdienen die Arbeiter, wenn ich die Naturalien mitrechne, im Durchschnitt 4 Mark pro Tag." Hiemit vergleicht man die Schilderung der Noth des ländlichen Arbeiters, wie sie der Begründer des Antrags, Abg. v. Wendt-Steinels in folgenden tief ergreifenden Worten gab: "Die Leute verkaufen ihren Besitz, weil sie keine Arbeiter finden; die Ernte verkauft ihnen auf dem Felde, und wenn man sie fragt, warum sie ihren Besitz verkaufen, so sagen sie: 'Ich halte es vor Sorge, Kummer und Arbeitermangel nicht mehr aus.' Dabei ist der Arbeitslohn in 40 Jahren um das Sechsfache gestiegen, während die Landwirtschaft mit den allerschwersten Verhältnissen zu rechnen hat und vielfach überhaupt keine Rente mehr abwirft. In der That, wer sich nach das geringste Empfinden für die Noth der Landwirtschaft und für die Bedeutung der landwirthschaftlichen Erzeugung innerhalb der großen nationalen Erwerbsgruppen bemüht hat, der kann nur wünschen, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo in ganz Deutschland der Kontraktbruch des Gehilbes bestrafft wird."

Wenn ein solches Geiz durchgreifenden Erfolg haben soll, wird überdies die Bekämpfung zum Kontraktbruch unter besondere verdringende Agitation der Sozialdemokratie auf dem Lande; der "Genosse", der die Arbeiter zum Kontraktbruch verführt, muß von der Strenge des Gesetzes unerbittlich getroffen werden. Außerdem sind Bestimmungen über die Rückforderung kontraktbrüchiger Arbeiter in dem Sinne zu treffen, daß denjenigen, die den Kontraktbruch verurtheilt haben, auch die Kosten zur Last fallen.

Kein unsichtiger Landwirth dürfte im Uebrigen die Wichtigkeit verkennen, die neben den Maßnahmen politischer und strafrechtlicher Natur auch den sozialen Wohlfahrtsverbänden für die Bekämpfung der Leutenoth innewohnt. Die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter erfordert namentlich eine wohlwollende Berücksichtigung der Wohnungfrage in dem Sinne, daß man sich bemüht, den ländlichen Arbeitern kleine Heimstätten zu schaffen und sie dadurch an die Scholle zu fesseln. Wenn auch manche Anregungen dieser Art theils an den erheblichen Kosten, theils an dem unzulänglichen Menschenmaterial scheitern, so müssen die interessierten Kreise bei der unermesslichen Bedeutung der Sache doch immer wieder darauf zurückkommen und dürfen die ländliche Wohnungfrage nicht ungehört zu den Akten legen. Zugleich empfiehlt es sich, auch die Möglichkeit der Heilmittelvorsorge in Erwägung zu ziehen, da sich außer den Heimstätten nicht leicht ein härterer Anreiz für den Landarbeiter zum Verbleiben auf seiner Scholle schaffen läßt als das Bewußtsein, daß seinen Hinterbliebenen eine angemessene Aus-gehung gesichert ist. Zur Zeit muß es allerdings als völlig ausgeschlossen gelten, daß die so schwer darniederliegende Landwirtschaft die Kosten für derartige Maßnahmen aus sich selbst heraus aufbringen könnte. Erst wenn eine unabweisbare staatliche Intervention zu Gunsten der Landwirtschaft, insbesondere auch auf dem Gebiete der Handelsverträge, den landwirthschaftlichen Betrieb im Allgemeinen so weit gefählig hat, daß die Bereitstellung größerer Mittel zu sozialpolitischen Zwecken angängig erscheint, wird der Augenblick gekommen sein, wo die praktische Verwirklichung der vorgedachten Reformen in Aussicht genommen werden kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. Mai.

Esthonia. Der verhaftete Nordland hat eingeklinken, daß er die Bluthat an Bord des Dampfers "Prinz Karl" verübt und dem Kapitän über 800 Kronen geraubt hat. Ueber die Noththat äußerte sich Nordland völlig geistlos.

Berlin, Reichstag. (Fortsetzung.) Die Eventualanträge fordern für den Fall der Ablehnung des Antrags Zulasse, nach denen die Polizei nicht berechtigt sein soll, Diensten Wohnungsbekämpfungen aufzuerlegen, nach denen es ferner verboten sein soll, eine weibliche Person wider ihren Willen einer föderlichen Unternehmung zu unterwerfen (gegenüber unter Eitempölnen stehen).

den Diensten soll die Polizei an dieses Verbot zwar nicht gebunden sein, doch soll die Unternehmung nicht durch einen Mann erfolgen, und nach denen endlich dem Privatler die Festung darüber zu sprechen werden soll, ob die Unternehmung unter itenpolizeiliche Kontrolle mit Recht erfolgt ist. Abg. Reber (Zp.) wüßte in längerer Rede für den Eventualantrag und schloß unter Bezugnahme auf zahlreiche Vorkommnisse die Uebergriffe und Misstände der Polizei. Habe diese doch gelegentlich sogar Mädchen wegen gewerbsmäßiges Unzucht verhaftet und der itenpolizeilichen Kontrolle unterstellt, von denen sich alsbald herausgestellt habe, daß sie Jungfrauen seien. In England wäre es etwas unanständig, daß würde die Unternehmung der ganzen Frauenschaft die Antwort an solche Uebergriffe sein. Als Keener gegen 3 Uhr schloß, theilt der Präsident Graf Ballerem mit, daß inzwischen ein Antrag Singer eingebracht sei auf namentliche Abstimmung sowohl über den Eventualantrag, wie über die Eventualanträge. Abg. Stadthagen (Zp.) der Johann das Wort erhielt, wird rechts mit Gelächter empfangen, welches sich zu lebhaftem Lachen mit Hulloh-Rufen steigert, das Präsident Graf Ballerem mit den Worten am Rufe bittet: "Je besser das Haus erntlicher Weise befaßt ist, um so mehr sei Ruhe nöthig, es kommt noch ein Tag zur Herrschaft kommen, der bisher hier nicht üblich und der nicht erwünscht ist. Abg. Stadthagen sehr sehr sprechend tritt in längerer Ausführungen für den Eventualantrag seine ein. Auch er schildert an nicht ebenmäßigen Beispielen polizeiliche Mißgriffe gegenüber anständigen Mädchen und Frauen. Die Polizei dürfe, anständige Frauen und Mädchen behandelt zu können, als ob sie Prostituirten wären, denen gegenüber Alles erlaubt sei. Inzwischen ist wieder eine lauge Rede neuer Anträge verlesen worden, so vom Abg. Frohne, betreffend Bekämpfung des Truismens, von Hauptmann Heblingen, betreffend Erweiterung des § 91 um verschiedene Bestimmungen. Abg. Stadthagen (Zp.) schloß um 1/2 Uhr seine 1 1/2 stündige Rede damit, er wüßte sich, daß der Antrag seiner Partei bisher noch von keiner Seite widerprochen worden sei. Er ziehe daraus den Schluß, daß das Haus von Anfang bis zu Ende mit seinen Ausführungen einverstanden sei und den Antrag einstimmig annehmen werde (Große Heiterkeit). Abg. Beckh (frei. Volksp.) wüßte sich gegen den sozialdemokratischen Eventualantrag aus. In der Wohnungsbekämpfungen für die der gewöhnlichen Umstände ergehenden Bekämpfungen liegt ein richtiger Grund, freilich etwas Anderes ist es mit der Ausübung des Gewaltens, wie überhaupt der polizeilichen Macht über jene Personen. Deshalb sei er auch durchaus einverstanden mit den Eventualanträgen, welche die Bekämpfung der polizeilichen Mißgriffe, die in den Eventualanträgen verlangt würden. Gehe es doch sogar Staatsrat, welche Beschlüsse würden und auf diese eine Steuer erlassen unter dem Titel "Steuer auf Landesprodukte". (Große Heiterkeit). So, wie die Eventualanträge eingebracht seien, könne er allerdings für dieselben nicht stimmen, aber der Gedanke der Anträge ist gut. Namentlich 10 Minuten vor 5 Uhr, wird von den Abg. Spahn und v. Beveling Debattenschluß beantragt. Ueber diesen Antrag fördert Abg. Singer namentliche Abstimmung. Seinen Vorschlag wurd, da die Freisinnigen den Antrag unterstützen, hinausgegeben werden. Die namentliche Abstimmung erfolgt Annahme des Debattenschlusses mit 213 gegen 92 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung. Mit der Minorität stimmen diesmal auch die Polen. Die Debatte ist hiermit geschlossen. Um 5 Uhr 20 Minuten beginnt die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Hauptantrag auf Streichung der Kr. 5 des § 91, sowie über die Eventualanträge auf Streichung von Anträgen. Die Ablehnung der Anträge erfolgt mit 21 gegen 73 Stimmen, keiner mit 21 gegen 70 Stimmen und endlich mit 27 gegen 15 Stimmen. Mit der Minorität stimmt jedes Mal der antikommunistische Abg. Hindenburg. Um 6 Uhr 45 Minuten wurde das letzte Thema verhandelt. Bei der letzten Abstimmung, bei der es sich um Streichung des § 91 Kr. 6 handelt, stimmten die Freisinnigen mit der Mehrheit. Hiermit erfolgt Vertagung. Morgen: Fortsetzung, vorher dritte Lesung des Nachtprojekts. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Berlin. Der Bundesrath übermies den Antrag Sachdienlich betreffend die Verteilung der durch den Transport Angehöriger entstehenden Kosten, und die Vorlage betreffend eine Anzahlbestimmung zum Verträge über die Unterhaltung deutscher Konsulatsgebäudeverbindungen mit Oesterreich und Australien den zuständigen Anstalten. Die Revolution des Reichstags zu dem Entwurfe eines Gesetzes, Postdampfschiffsverbindungen mit Afrika, wurde dem Reichstagen überwiegen. Dem Nachtprojekts für 1900, betreffend ein deutsch-englisches Kabel, wurde zugestimmt.

Berlin. Zur Berathung über die Einführung eines weiteren telegraphischen Dienstes für die deutsche Landwirtschaft wird demnach von dem Reichsamt des Innern eine Konferenz nach Hamburg einberufen. An derselben werden außer den Vertretern des Reiches und der Bundesstaaten, sowie der Meteorologie auch Landwirthe aus verschiedenen Theilen des Reiches theilnehmen. Hamburg ist als Konferenzort gewählt, weil es der Sitz der Sececurat ist. Heute sind unter Vorsitz des Direktors des kaiserlichen statistischen Amtes die amtlichen Statistiker Deutschlands zu einer Konferenz in Jena zusammengetreten. Den Gegenstand der Verhandlungen bildet die Durchführung der diesjährigen Volkszählung, der land- und forstwirtschaftlichen Anbauverhältnisse, der Bevölkerung, sowie die Reform der Statistik über die Bewegung der Bevölkerung, sowie die Sozialstatistik und Statistik. Staatliche Bundesstaaten sind bei der Konferenz vertreten. Zur dritten Berathung des Reichsbudgets ist der Kommissionsbericht des Grafen Rumkowski offiziell eingebracht. Derselbe enthält aus der Mitte der Konservativen, der Reichspartei und des Centrum's an hundert Unterdriftten; weitere Unterdriftten sind noch zu erwarten.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm die hohenzollernische Verwaltungsgesetze und den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer 5 Millionen zum Bau von Arbeitswohnungen in zweiter Lesung an. Ueber eine Petition um Zulassung der Frauen zur Universitätsimmatrikulation und zu den Staatsprüfungen wurde zur Tagesordnung übergegangen. Morgen: Warenverkehrssteuer. Der Schluß des Landtags ist frühestens gegen Mitte Juni zu erwarten.

Berlin. Das deutsch-amerikanische Kabel wird schon in kurzer Zeit der Benutzung übergeben werden können. In etwa Monatszeit dürfte das Kabel auf der ganzen Strecke gelegt sein. Es ist Eigentum der deutschen atlantischen Telegraphengesellschaft, die das Recht hat, sobald das Kabel für den stetig wachsenden Verkehr nicht mehr ausreicht, auf der gleichen Strecke ein zweites Kabel zu

Meine
 Triump-
 Seife
 für Damen
 und Herren